



Niederschrift

34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

Sitzungstermin:	Donnerstag, 17.08.2006
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	Hegelallee , Haus 9, Raum 107

Anwesend sind:

Frau Nitsche, Juliane	DIE LINKE. PDS
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS
Frau Geywitz, Klara	SPD
Herr Dr. Przybilski, Helmut	SPD
Herr Kapuste, Eberhard	CDU
Frau Paulsen, Bettina	CDU
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP
Herr Dr. Arlt, Klaus	SPD
Herr Müller, Matthias	
Frau Schöneich, Elisabeth	Bündnis 90/Die Grünen

Nicht anwesend sind:

Frau Blümer, Christine		nicht anwesend
Herr Franke, Jens	DIE LINKE. PDS	nicht anwesend
Herr Matura, Ralf	CDU	nicht anwesend
Frau Rohmann, Heike		nicht anwesend
Herr Prof. Dr. Rüdiger, Günther	SPD	entschuldigt
Herr Schultheiß, Peter	CDU	nicht anwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der öffentlichen Tagesordnung
- 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 22.06.2006
- 2 Memorandum zur gegenwärtigen Situation des
Potsdam-Museums (Geschichte und Kunst)
- 3 Lenindenkmal an der Hegelallee
Vorlage: 06/SVV/0113
Fraktion CDU
dazu: Änderungsantrag der Fraktion Die Andere
- 4 Weiterführung der Zuwendungsverträge
Vorlage: 06/SVV/0204

- Fraktion DIE LINKE. PDS
- 5 Werbetafeln an Trafo- und Ampelkästen
Vorlage: 06/SVV/0209
Fraktion SPD
- 6 Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0509
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 7 Förderung von Familien
Vorlage: 06/SVV/0475
Fraktion SPD
- 8 Informationen zum Bürgertreff Waldstadt II
- 9 Umbenennung westlicher Teil der Donarstraße in Babelsberg
- 10 Zwischenbericht aus der AG Kulturpolitische Konzepte
Anlage
- 11 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Herr Kapuste stellt die Anwesenheit von 5 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig. Im Sitzungsverlauf erhöht sich die Anzahl der Mitglieder auf 8 (siehe Anwesenheit).
- zu 1.1 Bestätigung der öffentlichen Tagesordnung**
Das Protokoll der Sitzung vom 22.06.06 wird ohne Änderungen einstimmig bestätigt.
- zu 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 22.06.2006**
TOP 5 entfällt, wurde versehentlich auf die Tagesordnung genommen.
TOP 6 und 7 werden zusammen behandelt.
Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.
- zu 2 Memorandum zur gegenwärtigen Situation des Potsdam-Museums (Geschichte und Kunst)**
Herr Markus Wicke, Vorsitzender des Fördervereins des Potsdam-Museums e. V. trägt kurz die wichtigsten Punkte des Memorandums vor.
Das Potsdam Museum benötigt dringend einen qualifizierten konzeptionellen Rahmen, d. h. eine Museumsentwicklungskonzeption, incl. einer Sammlungskon-

zeption. Hierzu sollte die Kooperation zum Museumsverband gesucht werden, hier werden solche Leistungen ohne zusätzliche Finanzforderungen angeboten. Das zweite Problem besteht in der Raumfrage, es fehlen angemessene Raumstrukturen.

Der Förderverein schätzt die Leistungen und die Ausstellungstätigkeit des Museums als hochwertig ein. Besonders herausragend waren die Ausstellungsprojekte „Königliche Visionen“ und „1945“.

Als besonderer Mangel wird das Fehlen einer Dauerausstellung zur Geschichte der Stadt und der Bürger Potsdams festgestellt. Er kennt keine Landeshauptstadt in Deutschland, die eine solche Ausstellung nicht besitzt. In Potsdam mit seiner reichen Geschichte wird das Fehlen einer solchen Dokumentation besonders stark wahrgenommen. Der Förderverein sieht hier auch eine Möglichkeit zur touristischen Vermarktung im Sinne eines positiven Effektes für das Stadtmarketing von Potsdam.

Im Rahmen der Konzipierung einer anspruchsvollen Dauerausstellung wird die Gebäudeproblematik des Museums sichtbar. Der derzeitige Standort ist nicht repräsentativ, in der Seitenstraße ungünstig gelegen und von Besuchern und Touristen schwer zu finden.

Weiterhin reicht das Platzangebot selbst nach dem Ausbau der Hofgebäude nicht für die Aufgaben des Museums für Stadtgeschichte aus.

Der Förderverein schlägt die Prüfung von drei Ausweichstandorten vor.

Das Brocksche Palais

Das Alte Rathaus

Die Große Stadtschule, Grande Ecolè

Frau Fischer dankt Herrn Wicke für seine Ausführungen und erklärt, dass in diesem Jahr im Rahmen der Haushaltsverhandlungen die Standortentscheidung fallen muss.

Frau Dr. Seemann

Der Fachbereich Kultur und Museum begrüßt die Weiterführung und Intensivierung der Diskussion um ein tragfähiges Museumskonzept durch die Initiative des Fördervereins.

In der ersten Hälfte des Jahres 2006 sind bereits einige Kritikpunkte, die das Memorandum formuliert, in ähnlicher Weise durch den Fachbereich dargestellt worden und sowohl intern (mit der Beigeordneten) als auch extern (z. B. mit dem Förderverein selbst) diskutiert worden. Folgende Lösungsansätze sind dabei diskutiert worden:

Standortfrage. Zweifelsfrei ist der Standort Benkertstraße in seiner jetzigen Form ungeeignet für ein stadthistorisches Museum. Deshalb hat der FB Gespräche z. B. mit Architekten geführt, unter der Fragestellung, was ein Umbau kosten würde. Des Weiteren werden andere Standorte geprüft (Altes Rathaus, Große Stadtschule, Brocksches Palais), unter räumlichen Aspekt, aber auch unter dem der (finanziellen) Machbarkeit. Wichtig ist: Eine pragmatische Lösung, die nicht zu einem „Luftschloss“ führt.

Die Vermittlungsarbeit muss intensiviert werden. Das Museum hat in Zusammenarbeit mit dem FB neue Veranstaltungen kreiert (Beispiel: Kindergeburtstage), die auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten sind. Es zeigt sich allerdings, dass trotz des Bemühens freie Mitarbeiter zu beschäftigen, Museumspädagogische Anlaufstellen in den Häusern fehlen. Hier muss möglicherweise umorganisiert werden, auch und gerade in Zusammenhang mit der Lindenstraße.

Die personelle Situation ist v.a. im Bereich der Aufsichten verschärft. Für die Lindenstraße wurden Gespräche mit dem Personalchef geführt, der Unterstützung zugesichert hat. Diese greift in der Lindenstraße und wird daher auch die stadthistorische Sammlung entlasten. Es wird deutlich, dass eine Umstrukturierung

des Hauses unumgänglich ist. (Zum Vergleich: Das Museum für HH-Geschichte hat 4 wiss. Mitarbeiter).

Kooperationen: Gemeinsames Projekt von Uni und FB 24 (Prof. Aissen-Crewett und Seemann zu „Museen als Lernorte“ im WS 06/07), Erarbeitung neuer Programme.

Der erste Bauabschnitt des Depots ist fertig und muss nun bezogen werden. Die Außenwirkung muss, auch wenn die räumliche Situation nicht optimal ist, verstärkt werden.

Inhaltliche Aufarbeitung der Sammlung muss in Hinblick auf Schaffung einer zeitgemäßen Dauerausstellung geschehen. Hier auch Leitbild-Diskussion, vor dem Hintergrund einer Potenzial-Analyse.

Erarbeitung von Konzepten für Shop und Cafe in Kooperation mit Studierenden Einbindung des Fördervereins und Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit.

Verfahren:

1. Standortprüfung: läuft bereits, 24 (soll bis Ende 2006 abgeschlossen sein)
2. Diskussion in der AG Kulturpolitische Konzepte am 27.07., 17 Uhr (mit 24).
3. Diskussion im Kulturausschuss: Auf der Tagesordnung am 17.08.06
4. Öffentliche Diskussion.. Wird von 24 organisiert.
5. Diskussion eines Integrierten Museumskonzepts: Im Rahmen der Handlungsfelder- und Konzeptdiskussion Januar 2007 - September 2007.

Frau Hüneke erläutert den Entwurf eines Antrages, der sich mit der Thematik befasst. Sie bittet alle Fraktionen den Inhalt zu diskutieren und gemeinsam einen Beschluss für die STVV am 27.09.06 vorzubereiten und zu tragen. Sie favorisiert des Standort Brocksches Palais, es könnte zu einen Museumsquartier in der Potsdamer Mitte mit Filmmuseum, HBPB, Langem Stall ,Garnisonkirche und der geplanten Synagoge führen.

Frau Geywitz findet das Brocksche Palais einen würdigen Ort, der zwingt den Arbeitsauftrag relativ klar zu formulieren, da sich in unmittelbarer Nähe andere Museen befinden. Sie gibt weiterhin zu bedenken, das es eine Gesamtkonzeption der Museen geben sollte, die authentischen Orte Lindenstraße und Leistikowstraße nicht aus den Augen verlieren dürften.

Frau Paulsen, plädiert für einen parallel laufenden Diskussionsprozess, da bei der Entscheidung für das Gebäude vorher das Museumskonzept bekannt sein muss.

Einer Entscheidung für das Brocksche Palais steht aus ihrer Sicht entgegen, dass es sich nicht in städtischem Eigentum befindet, das wird das Land schwer mittragen .

Herr Kapuste hat den Eindruck, dass die Potsdamer bisher die Defizite ihrer Museen nie so klar formuliert haben und freut sich über die Initiative. Er erinnert an eine Kostenschätzung für den Ausbau des Brockschen Palais im Zusammenhang mit einer Standortuntersuchung für die Bibliothek, die sich auf Kosten von 16 bis 20 Mio. belief.

Herr Arndt ist der Meinung, wenn von den 3 Standorten keiner möglich wäre , sollte auch noch ein Vierter bedacht werden.

Herr Dr. Arlt, spricht sich ganz ausdrücklich für den Standort „Große Stadtschule“ aus, ein historischer Bau im Herzen der Stadt,“ wie ein kleiner Palast“. Das Brocksche Palais hingegen, sei nie ein Palais gewesen und ist in seinem Inneren ein kühles Bürogebäude.

Der Ausschuss unterstützt die Initiative und spricht sich dafür aus, eine Gesamtlösung für das Potsdam- Museum im Rahmen der Erarbeitung kulturpolitischer Konzepte herbeizuführen. Er unterstützt des weiteren die Absicht der Stadtver-

waltung, die Standortfrage noch im Jahr 2006 zu entscheiden.

zu 3 **Lenindenkmal an der Hegelallee**

Vorlage: 06/SVV/0113

Der Antrag der Die Anderen wird verlesen:

In Abänderung des Antrages der Fraktion CDU möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen: Der Betreff des Antrages wird geändert in: Denkmäler von Persönlichkeiten, die in ihrem politischen Leben buchstäblich über Leichen gegangen sind

Zwischen die Sätze 1 und 2 des Antragstextes werden folgende Sätze eingefügt: Weiterhin wird der Oberbürgermeister beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche Denkmäler Friedrichs II, Friedrich-Wilhelms IV und des Generals Blücher entfernt werden sowie dass eine Überprüfung anderer Denkmäler von Persönlichkeiten, die in ihrem politischen Leben buchstäblich über Leichen gegangen sind oder sein könnten, stattfindet. Die Überprüfungsergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung in einer Liste vorzulegen, so dass in der zweiten Hälfte dieses Jahres über eine weitere Entfernung von Denkmälern von Persönlichkeiten, die in ihrem politischen Leben buchstäblich über Leichen gegangen sind, in der Stadtverordnetenversammlung entschieden werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Der Kulturausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

Fraktion CDU

dazu: Änderungsantrag der Fraktion Die Andere

zu 4 **Weiterführung der Zuwendungsverträge**

Vorlage: 06/SVV/0204

Frau Dr. Seemann

Weiterführung der Zuwendungsverträge mit der Hans Otto Theater GmbH (HOT), Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam GmbH (MPS), Trägerverein der Kammerakademie Potsdam e.V. (KAP)

Zwischenbericht zum Stand der Verhandlungen

Die im August/September 2004 unterzeichneten Rahmenvereinbarungen zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Hans Otto Theater GmbH, Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam GmbH sowie dem Trägerverein der Kammerakademie Potsdam e.V. sind für eine Dauer von 3 Jahren geschlossen. Die Laufzeit begann mit dem Haushaltsjahr 2004 und endet mit dem Haushaltsjahr 2006.

Die Verträge wurden unter Beachtung der Ziele der Haushaltskonsolidierung geschlossen. Gleichzeitig erlangten die Einrichtungen eine mittelfristige Planungssicherheit.

In § 2 Abs. 2 dieser Vereinbarungen ist geregelt:

„Eine Verlängerung der Förderung über den 31.12.2006 hinaus ist einem Neuabschluss einer Vereinbarung vorbehalten. Die Parteien werden diesbezüglich Neuverhandlungen spätestens 12 Monate vor Ablauf der laufenden Vereinbarung aufnehmen, ohne zu einem Abschluss verpflichtet zu sein.“

Zum 01.03.2006 wurde der Stadtverordnetenversammlung ein erster Zwischenbericht zum Stand der Verhandlungen vorgelegt.

Die Ergebnisse der weiteren Verhandlungen sollten dem Kulturausschuss und

dem Finanzausschuss vorgelegt werden.

Der Kulturausschuss hat in seiner Sitzung am 27.04.2006 einen weiteren Zwischenbericht für seine Sitzung im August 2006 gefordert.

Dem Finanzausschuss ist in seiner Sitzung am 23.08.2006 zu berichten.

Trägerverein der Kammerakademie Potsdam e.V.

Die Verhandlungen zur Höhe des Zuschusses für 2007 bis 2009 waren bereits zum 01.03.2006 abgeschlossen.

Für die KAP ist ein städtischer Zuschuss in Höhe von 730.000 € jährlich für die Jahre 2007 bis 2009 vorgesehen.

Das entspricht den Beträgen im beschlossenen HSK 2006.

In den Planungen des Fachbereiches Kultur und Museum zum Verwaltungshaushalt 2007 und zum HSK 2007 sind diese Beträge ebenfalls enthalten und in Planstufe 9 zum Haushalt 2007 angemeldet.

Hans Otto Theater GmbH

Hier konnte im ersten Zwischenbericht festgestellt werden, dass die HOT GmbH bei gleichbleibenden Zuwendungsbeträgen von Stadt und Land auf dem Niveau von 2006 die erhöhten Betriebskosten des Theaterneubaus ab 2007, die vor allem wegen der besseren technischen Ausstattung entstehen, stetige Preiserhöhungen bei Strom, Wasser, Fernwärme und Materialbeschaffung für die Bühne etc. sowie Tarifierhöhungen bei den Personalkosten auffangen wird.

Auch dem Auftrag des Gesellschafters zum Verlustabbau aus Vorjahren soll entsprochen werden.

Dabei wird der bestehende künstlerische Standard erhalten (**haushaltsbegleitender Beschluss**) und die Aufgabenerfüllung im Rahmen des Theater- und Konzertverbundes Brandenburg zugesichert.

Das HSK 2006 sieht jedoch lediglich für 2007 einen städtischen Zuschuss auf dem Niveau von 2006 und ab 2007 eine erhebliche Absenkung vor.

Die Verhandlungen mit den Vertretern der HOT GmbH haben ergeben, dass eine Absenkung des städtischen Zuschusses, wie im HSK vorgeplant, nicht ohne Auswirkungen auf das künstlerische Konzept und die Absenkung des künstlerischen Standards möglich ist.

Eine zunächst vorgesehene Verlängerung der bestehenden Zuwendungsvereinbarung für 2007 und Neuverhandlung einer Dreijahresvereinbarung ab 2008 wurde inzwischen verworfen.

Das HOT sollte gerade mit der Übernahme der Verantwortung für das neue Theaterhaus auch eine mittelfristige Planungssicherheit erhalten, damit die Theaterarbeit im Haus für die Bürger/innen und Besucher/innen der Landeshauptstadt Potsdam mit hoher Motivation und hoher künstlerischer Kreativität erfolgreich geleistet werden kann.

Gemeinsames Bestreben von GmbH und Fachbereich für die weiteren Verhandlungen ist die Deckelung des städtischen Zuschusses auf dem Niveau von 2006. Der Fachbereich Kultur und Museum ist bemüht, dies innerhalb des Gesamtbudgets des Fachbereiches darzustellen.

Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam GmbH

Im 1. Zwischenbericht wurde darauf verwiesen, dass erst nach Vorlage des Jahresergebnisses 2005 sowie einer mittelfristigen Finanzplanung für die Zeit von 2007 bis 2009 durch die GmbH die Verhandlungen weiter fortgesetzt werden.

Erst nach Kenntnis des Jahresergebnisses 2005 ist für den Nikolaisaal die Höhe eines angemessenen Rückflusses von Mehreinnahmen zur Senkung des städtischen Zuschusses definierbar (haushaltsbegleitender Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.01.2006).

Sowohl das Jahresergebnis 2005/IST-Zahlen 2005 als auch die mittelfristige Finanzplanung 2007 bis 2009 wurden dem Fachbereich Kultur und Museum zwischenzeitlich vorgelegt.

Mit Vertretern der MPS GmbH haben daraufhin weitere Gespräche am 21.06.2006 und am 12.07.2006 stattgefunden.
Die Höhe der zum 31.12.2005 bestehenden Rücklage ist ermittelt.
Es konnten jedoch, u.a. wegen der Urlaubszeit, noch nicht alle Rückfragen des Fachbereiches zu nachgeforderten Unterlagen geklärt werden.

Ein vom Fachbereich Kultur und Museum erarbeiteter Vorschlag zur Höhe des städtischen Zuschusses zur Höhe eines angemessenen Rückflusses von Mehreinnahmen für die Jahre 2007 bis 2009 soll unmittelbar nach der Sommerpause mit der MPS endverhandelt werden.

Frau Paulsen bittet um Information zum weiteren Verlauf der Entwicklungen.
Frau Fischer erklärt, dass der Kulturausschuss informiert wird, bevor der Entwurf der Haushaltssatzung 2007 eingebracht wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Zuwendungsverträge für das Hans Otto Theater, den Nikolaisaal und die Kammerakademie so zu gestalten, dass auf eine weitere Absenkung der Zuwendungen ab 2007 verzichtet wird und von Seiten der Stadt Potsdam die Zuwendungssummen auf dem Niveau von 2006 weiter bereitgestellt werden.

zu 5 Fraktion DIE LINKE. PDS
Werbetafeln an Trafo- und Ampelkästen
Vorlage: 06/SVV/0209
entfällt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zu ihrer Sitzung im Mai 2006 einen Vorschlag zur Schaffung eines Bürgertreffs in der Waldstadt II vorzulegen.

Der Bürgertreff soll in Ergänzung der im Stadtteil vorhandenen Einrichtungen und der damit gegebenen Strukturen und Angebote eine zentrale Treffmöglichkeit für Bürgerinnen und Bürger sein.

zu 6

Fraktion SPD

Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 06/SVV/0509

Frau Geywitz erklärt, der Antrag zur Förderung von Familienpolitik war schon im Sozialausschuss und im Jugendhilfeausschuss, die Änderungen sind bereits in den Text eingearbeitet. Frau Geywitz verliest den Text: „Potsdam soll eine beispielgebende kinder- und familienfreundliche Gemeinde im Land Brandenburg werden. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bis zum 01.01.2007 ein Konzept zur Umsetzung der Leitlinien zur Familienpolitik vorzulegen. Die Maßnahmen des Konzeptes sollen bei der Haushaltsaufstellung für 2007 Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang soll ein Familienpass beabsichtigt werden.“

Herr Schweers erklärt die Modifikationen im Familienbegriff. Die Leitlinien haben ihren Ursprung im Beschluss vom Januar 2006. Es sollte eine bessere Verzahnung mit der Kulturverwaltung geben.

Frau Dr. Schröter bewertet die Öffnung des Gesamtprozesses positiv, da die Komponente „kulturelle Bildung“ für Familien von besonderer Wichtigkeit sei. Der Familienpass, der für alle gültig ist, könnte ein Teil der Handlungsempfehlungen sein.

Frau Dr. Seemann bestätigt das. Kulturelle Partizipation wird auch im Rahmen der Kulturentwicklungskonzeption unter den Vorgaben des demografischen Wandels ein wichtiger Aspekt sein.

Herr Dr. Scharfenberg bewertet das Thema Familienfreundlichkeit der Stadt Potsdam sehr hoch. Er plädiert dafür endlich aus der Diskussionsphase herauszutreten und etwas zu tun - Er warnt davor, dass es bei Schlagworten wie z. B. „lokales Bündnis für die Familie“ bleibt. Er hofft sehr, dass der Familienpass 2007 eingeführt wird und möchte wissen welche Voraussetzungen dafür geschaffen wurden. Er erwartet Informationen zu konkreten Zwischenständen und deren finanzielle Untersetzung.

Frau Geywitz erklärt daraufhin, dass bis zum Januar 2007 ein Konzept mit Kostenaufstellung vorliegen soll, im Lauf des Jahres dann der Familienpass eingeführt werden kann.

Frau Fischer fragt nach, ob durch den Familienpass Reibungen zum Kulturticket entstehen können.

Frau Geywitz erklärt: das war ein Grund für die Überarbeitung des Antrages.

Frau Paulsen fügt im Hinblick auf die Finanzierbarkeit hinzu, dass auch in der Wirtschaft und in Verbänden nach Partnern gesucht werden sollte, die das Projekt mittragen.

Frau Fischer fügt ergänzend hinzu, dass bei den weiteren Erarbeitungen, die Vergünstigungen und Ermäßigungen, die im Geschäftsbereich 2, beim Fachbereich Schule und Sport und auch bei den Museen schon existieren, mit berücksichtigt werden.

Abschließend wird der Antrag von Frau Geywitz noch einmal verlesen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 7

Oberbürgermeister, FB Jugendamt

Förderung von Familien

Vorlage: 06/SVV/0475

s. TOP 6, beide Tagesordnungspunkte wurden gemeinsam behandelt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam führt zur Förderung und Unterstützung von Familien ab dem 01.01.2007 einen Familienpass ein.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß der mit diesem Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung festgelegten Kriterien und Vorgaben bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im September die notwendigen Maßnahmen zur Beschlussfassung vorzulegen und die dafür notwendigen Mittel in den Haushaltsentwurf 2007 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Fraktion SPD

zu 8

Informationen zum Bürgertreff Waldstadt II

Herr Kroop gibt Informationen zum Stand der Entwicklung des Bürgertreffs Waldstadt II, entsprechend der Darstellungen und Aussagen im Kulturausschuss vom 27.04.06 und zur SVV am 07.06.06 wurden die angestrebten Arbeitsgespräche bis zur Sommerpause weitergeführt.

Die grundsätzlichen Aussagen bezüglich des Antrages werden zielgerichtet verfolgt.

Die bereits im KA am 27.04.06 dargestellten Schritte

- Konstituierung eines Arbeitskreises
- Konzeptionsgespräche mit dem Bürgerhaus am Schlaatz und der Bürgerinitiative Waldstadt II
- Erarbeitung und Gestaltung von Sonderseiten der Stadtteilzeitung "Taufzone" zur Stadtteilarbeit in der WS II unter redaktioneller Leitung des Bürgerhauses am Schlaatz

wurden in den vergangenen Monaten umgesetzt.

Die Bürgerinitiative Waldstadt II plant für den Herbst die weitere Arbeit an einer Konzeptbeschreibung für einen möglichen Bürgertreff. Dabei werden u.a. auch die zielgerichtete Einbeziehung von Multiplikatoren im Stadtteil und funktionale Eingrenzungen zu anderen Einrichtungen und Institutionen in der WS II besonders ins Blickfeld rücken.

Die Prozesse werden durch die Verwaltung weiter fachlich begleitet.

Auf Grund aller dargestellten Umstände ist eine konkrete Umsetzung des Antrags zur Zeit nicht realistisch.

Herr Scharfenberg erinnert daran, dass bis zum Jahr 2008 dem Termin der nächsten Kommunalwahl der Bürgertreff entstanden sein soll.

Frau Schöneich, ist der Meinung, dass der Prozess sehr gut durch die Verwaltung begleitet wird. Die Klärung der Erwartungen und Bedarfe werden zielgerichtet in einem Prozess gemeinsam mit der Bürgerinitiative gefunden.

Frau Dr. Schröter, hat persönlich nachgefragt, die Bürgerinitiative wertet den Prozess positiv, im letzten halben Jahr hat ein positiver Annäherungsprozess stattge-

funden.

Der Kulturausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis, im Februar 2007 soll eine erneute Information zum Sachstand erfolgen.

zu 9 Umbenennung westlicher Teil der Donarstraße in Babelsberg

Herr Kapuste erklärt, dass die Vorlage aus der Verwaltung kommt und erteilt sofort Herrn Dr. Arlt das Wort.

Herr Dr. Arlt verliest den Text und die Begründung (s. Anlage).

Als neuer Name schlägt er die Benennung in „Obere Donarstraße“ vor.

Abstimmungsergebnis:

Der Kulturausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu

**zu 10 Zwischenbericht aus der AG Kulturpolitische Konzepte
Zwischenbericht aus der AG Kulturpolitische Konzepte, Information durch die Verwaltung**

Frau Dr. Seemann gibt einen kurzen Bericht aus der AG kulturpolitische Konzepte, die Umstrukturierung des Beirates für kulturelle Projektförderung in einen Projektrat.

Der Beirat für kulturelle Projektförderung war in seiner Struktur im Rahmen der ersten Kulturentwicklungsplanung 1996 ins Leben gerufen worden. Vertreter von Fördermittelempfängern wurden bei diesem Beiratsmodell im Rahmen einer Urwahl in den Beirat gewählt und hatten Stimmrecht (außer über die eigenen Anträge). Dieses Verfahren hatte bereits bei der letzten Beiratswahl für Turbulenzen gesorgt. Im Rahmen den letzten Beiratssitzungen hatte die Problematik des Lobbyismus einen Großteil der Sitzungszeit eingenommen. Der Vorschlag der Fachverwaltung ein neues Beiratsmodell, einen Projektrat einzuführen fand die mehrheitliche Zustimmung des Kulturausschusses.

Antrag auf Neueinführung eines Projektrates, einstimmig angenommen.

In einer zweiten Abstimmungsrunde wurde die personelle Besetzung des Projektrates (Namen siehe Anlage) abgestimmt.

Antrag auf namentliche Besetzung des Projektrates, wie in der Anlage, einstimmig angenommen.

Frau Hüneke fragte nach, ob der bisherige Beirat über alle Projektförderanträge beraten hatte.

Frau Dr. Seemann bejahte diese Anfrage.

Frau Geywitz gab zu Bedenken, ob ein Verzicht auf die Freien Träger innerhalb des Vergabeverfahrens wirklich gut wäre.

Frau Dr. Seemann erklärte, dass auf diese Weise jeder Verdacht des Lobbyismus von vorn herein aus der Welt geschafft wird. Auf der Basis des Evaluationsberichtes, von Herrn Prof. Voegen ist die Kulturverwaltung angetreten neue Konzepte, wie z. B. ein Museumskonzept, ein Theaterkonzept und ein Konzept zur professionellen Beratung und Vermarktung von städtischer Kultur zu entwickeln. Dieses Gesamtkonzept soll in einem ersten Entwurf im Januar 2007 im Kulturausschuss

vorgestellt und diskutiert werden.

Im Oktober werden durch den Fachbereich 10 Leitlinien der Kulturentwicklung vorgestellt, die die Grundlagen für die kulturelle Positionierung der Landeshauptstadt Potsdam in den nächsten 5 Jahren bilden sollen.

Herr Kapuste weist noch einmal darauf hin, dass im Rahmen der notwendigen Veränderungen der Förderstrukturen durch die Verwaltung und die Kulturpolitik ein sehr enger Zeitplan mit hohem Arbeitsaufwand einzuhalten und abzuarbeiten ist und bittet dringend darum, Anregungen aus den Fraktionen direkt an den KA oder die Mitglieder der AG „Kulturpolitische Konzepte“ einzureichen, um Zeitverluste durch weitläufige Einbringungsverfahren zu verhindern.

Weitere Informationen aus der AG kulturpolitische Konzepte werden im nichtöffentlichen Teil beraten.

Frau Hüneke reicht den unter TOP 2 angeführten Antragsentwurf aus.

zu 11

Anlage

Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg teilt mit, dass die PDS Fraktion zum 30. August einen Antrag einbringen wird, der sich mit der Zuweisung des Landes von 6,6 Mio. Euro zusätzlich an die Stadt Potsdam. Der Kämmerer hat angekündigt diese Mittel komplett in die Defizitreduzierung zu stecken. Der Antrag beinhaltet die Forderung nach Mitbestimmung der STVV über die Verwendung der Mittel.